

Die „Welt“ erscheint täglich Montags ausser Sonntagen und in den Feiertagen. Preis vierteljährlich 1.20, halbjährlich 2.40, jährlich 4.80. Postamt Nr. 100. Verlagsort: Breslau.

# Volkswohl

Bestellungspreis: Einmalige oder vierteljährliche Bestellungen sind zu machen. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen ist nach dem Raum und der Zeit zu bestimmen.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.  
Organ für die werkhätige Bevölkerung.  
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 119.

Montag, den 24. Mai 1897.

8. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

Aus dem Reichstage ist heute statt über eine über drei Sitzungen zu berichten, die durch die andauernde Beschlussunfähigkeit des Hauses nötig wurden. Die Herren Künstler, welche es so eilig hatten, die unfertige und ungenügende durchberathene Handwerker-Vorlage noch vor Sessionsschluss durchzuweisen, hatten es doch nicht für nötig, in genügender Anzahl zur Stelle zu sein, um die Beratungen zu fördern. So ergab sich heute anlässlich einer zweifelhaften Abstimmung über den Modus, durch welchen die beteiligten Handwerker zur Beschlussfassung über die Bildung einer Innung aufgefordert werden sollen, nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte die Nothwendigkeit der Auszählung des Hauses mittelst Hammelsprung. Es waren aber nur 161 Mitglieder anwesend, und die Sitzung musste daher abgebrochen werden. Jedoch die nächste eine halbe Stunde später angeordnete Sitzung hatte kein besseres Schicksal. Die Abstimmung über den Antrag Richter, daß die Einladung an die Handwerker zur Innungsbildung in jedem Falle direct und nicht bloß durch „ortsübliche Bekanntmachung“ zu erfolgen habe, ergab diesmal 115 Stimmen gegen, 63 Stimmen für den Antrag, also erneute Beschlussunfähigkeit. Es blieb dem Präsidenten danach nichts übrig, als mit kurzer Pause eine dritte Sitzung anzuberäumen, auf deren Tagesordnung jedoch nunmehr nicht die Handwerker-Vorlage, sondern die zweite Lesung des aus der Commission von Neuem zurückgekehrten Serbistatut nebst der Klasseneintheilung der Orte gesetzt wurde. Dieses außerordentlich langweilige und eintönige Geschäft entziffelte homerische Kämpfe um die Kirchthürmsinteressen einzelner Orte.

227. Sitzung vom 22. Mai 1897. 12 Uhr.

Die Berathung der Handwerker-Vorlage wird fortgesetzt bei § 100a, welcher lautet:

„Um festzustellen, ob die Mehrheit zustimmt, hat die höhere Verwaltungsbehörde die beteiligten Gewerbetreibenden durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mittheilung zu einer Versammlung für oder gegen die Einführung des Beitrittzwanges aufzufordern. Bei der Abstimmung entscheidet die Mehrheit derjenigen, welche sich an derselben betheiligen.“

Ein socialdemokratischer Antrag, wie ein freisinniger Antrag verlangen, daß die Worte „ortsübliche Bekanntmachung oder“ gestrichen werden.

Nach längerer Discussion, an der sich die Abgg. Kopsch, Richter (freis. Bp.), Djan (natl.) in befürwortendem Sinne, Handelsminister Ressel und Abg. Dr. Hise in ablehnendem Sinne betheiligt haben, ändert die Antragsteller den Antrag dahin um, daß die beteiligten Gewerbetreibenden durch ortsübliche Bekanntmachung und besondere Mittheilung zur Abstimmung aufgefordert werden sollen.

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Der Präsident läßt die Gegenprobe machen. Bei dieser Gegenprobe strömten durch das Klingeln der Beigekläute, eine große Anzahl Abgeordneter in den Saal, so daß kein klares Resultat möglich wird. Der Präsident schlägt eine nochmalige Abstimmung vor, worauf Abg. Richter den Antrag auf namentliche Abstimmung stellt. Es kommt zu einer längeren Debatte, weil Abg. Gröber (Centr.) den Antrag Richter, nach dem man in der Abstimmung begriffen gewesen sei, für geschäftsordnungswidrig hält. Schließlich einigt man sich auf Vornahme der Auszählung durch den Hammelsprung. Die Auszählung ergibt die Anwesenheit von nur 161 Mitgliedern, von denen 103 mit Ja, 58 mit Nein stimmten. Das Haus ist also beschlussunfähig und der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf eine halbe Stunde später, auf 10 Minuten vor 2 Uhr, an.

228. Sitzung vom 22. Mai.

Die zweite Berathung der Handwerker-Vorlage wird beim § 100a fortgesetzt.

Zunächst wird die Abstimmung über den vom Abg. Richter eingebrachten Antrag wiederholt. Die Abstimmung bleibt wieder zweifelhaft; es muß deshalb zur Auszählung geschritten werden. Es stimmen 65 Abgeordnete mit Ja, 113 mit Nein. Das Haus ist also abermals nicht beschlussfähig. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 2 1/2 Uhr an, mit der Tagesordnung: Zweite Lesung des Serbistatut.

229. Sitzung vom 22. Mai 1897.

Die Berathung des Serbistatut beginnt mit der Klasseneintheilung der Orte.

Das Haus stimmt den Commissionsträgen zu. Es werden demnach verlegt: Altendorf (Reg.-Bez. Düsseldorf) aus der II. in die I., Serbischaue (Reg.-Bez. Düsseldorf) aus der IV. in die III., Blantene aus der IV. in die III., ebenso Broich (Reg.-Bez. Düsseldorf) aus der III. in die II., Eichstädt (Bayern) aus der IV. in die III., Seckemünde aus II. in I., Gerresheim (Reg.-Bez. Düsseldorf) aus IV. in III., Biffhorn (Reg.-Bez. Rhenland-Pfalz) aus IV. in III., Gletwitz aus II. in I.; Sammersbach (Reg.-Bez. Köln) aus IV. in III., Hagenburg (Reg.-Bez. Westfalen) aus V. in IV., Habamar (Reg.-Bez. Westfalen) aus V. in IV., Halberstadt aus II. in I., Hellingen aus III. in II., Hildn (Reg.-Bez. Düsseldorf) aus IV. in III., Hirschberg aus III. in II., Jaroschin aus V. in IV., Kesselstadt (Reg.-Bez. Rassel) aus V. in IV., Kreuznach (Reg.-Bez. Coblenz) aus III. in II., Lehe aus II. in I., Neumünster aus II. in I., Obersee aus IV. in III., Saalfeld aus IV. in III., Solingen aus II. in I. und Wanderscheid aus II. in I.

Der Antrag, Breslau aus der Serbiklasse I. in die höchste Klasse A zu versetzen, wird abgelehnt. Derselbe Antrag liegt für Köln und Leipzig vor.

Abg. Trimbauer (Centr.) begründet den Antrag mit den theueren Lebensverhältnissen beider Städte, Leipzig sei Universitätsstadt. Als er die Unübersicht Leipzig bezogen habe, sei ihm sein Wechsel sofort erhöht worden (Heiterkeit).

Referent Abg. Dr. Lieber bemerkt, die Commission habe diesen Antrag nicht angenommen, weil die Frage, das Wohnungsgeldzuschusses von der der Quartierleistungen absolut getrennt werden sollte. Von diesem Standpunkte aus sei die Erhebung der beiden Städte in die Klasse A nicht zu rechtfertigen. Man müßte denn auch andere Städte in diese Klasse versetzen, und das würde für das Reich einen Mehraufwand von 6 bis 7 Millionen ausmachen.

Reichsfinanzminister Graf Posadowsky schließt sich diesen Ausführungen an. Die hohen Wohnungsmiethen in beiden Städten mögen den Antrag veranlaßt haben. Sie allein könnten aber nicht maggebend sein. Die kommunalen Behörden von Köln hätten es deshalb auch abgelehnt, eine Petition im Sinne des Antrages abzuschicken. Bei der in Aussicht stehenden Neuverteilung des Wohnungsgeldzuschusses werde die Regierung indessen bestrebt sein, hervorgetretene Härten zu beseitigen.

Nach weiterer Debatte wurden die Anträge abgelehnt. Dasselbe Schicksal haben die meisten sonst noch aus der Mitte des Hauses gestellten Änderungsanträge erfahren. Nur für Geoschütz (Reg.-Bez. Opperl), Marne (Reg.-Bez. Schleswig), Ohsa (Reg.-Bez. Danzig) wird die Versetzung in die nächst höhere Serbiklasse beschlossen.

Damit ist die Klasseneintheilung der Orte erledigt. Der Rest der Berathung des Serbistatut wird vertagt.

Zur Geschäftsordnung drückt

Abg. v. Levetzow (Cons.) sein lebhaftes Bedauern über die Obstruction der Linken bei den heutigen Auszählungen aus. Es hätten sich eine Reihe Abgeordneter, die im Hause anwesend waren, an der Abstimmung nicht betheiligt. Ein solches Verfahren schädige die Würde des Reichstages.

Abg. Singer (Soc.) bestritt dem Redner das Recht, sich als Mahner und Berather des Hauses auszusprechen; das gebühre allein dem Präsidenten. Er constatirte übrigens, daß seine sämtlichen Freunde, die anwesend waren, auch abgestimmt hätten.

Abg. v. Levetzow (Cons.): Ich muß dem Abg. Singer das Recht bestritten, mir vorzuhalteln, was ich zu thun oder zu lassen habe. Meine Worte haben sich allerdings nicht auf seine Parteigenossen, sondern auf andere Abgeordnete der Linken bezogen.

Der Präsident setzt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung (Montag 12 Uhr) den Rest der heutigen Berathung, ferner die Weiterberathung der Handwerker-Vorlage, und die erste Lesung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung, welche die Confectionsinindustrie betrifft.

Ein Antrag Singer (Soc.), den letzteren Gegenstand vor der Handwerker-Vorlage zu berathen, welche bei der Geschäftsablage des Hauses doch schwerlich zu erledigen sei, wird abgelehnt. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

— Zur „Tragikomödie“ Vereinsgesetznovelle schreibt das Organ der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die ganze Sache wird also vermutlich ausgehen wie das Hornberger Schießen. Sehr bedauerlich ist es, daß durch solche Versuche, die aus Mangel an kluger Vorbereitung und aus Mangel an umsichtiger Energie in der Durchführung fehlschlagen, die staatliche Autorität im Ansehen des Volkes herabgemindert werden muß. Wäre diese Folge nicht zu befürchten, so könnte man der ganzen Tragikomödie mit Heiterkeit zuschauen. Eine Tragikomödie ist's im wahrsten Sinne des Wortes. Bergegenwärtigen wir uns noch einmal die einzelnen Acte! Act 1: Der Kanzler giebt das feierliche Versprechen, daß unter allen Umständen vor dem 1. Januar 1900 das Verbot der Verbindung von Vereinen aufgehoben werde. Act 2: Es wird ziemlich unfaßt an das Versprechen erinnert, die preussische Regierung entschließt sich zögernd zu einer Vorlage, sie glaubt aber, ohne gewisse „Compensationen“ die Erleichterung nicht bieten zu können und bereitet eine solche Vorlage vor. Act 3: Der betreffende Ressortminister sucht die Stimmung der Parteien des Abgeordnetenhauses zu erkunden. Die Nationalliberalen erklären, daß sie bei den geplanten Verschärfungen nicht mithun wollten, und die Regierung ist bereit, sie fallen zu lassen, also lediglich die Aufhebung des Verbots im Entwurfe festzulegen. Act 4: Die Conservativen sind begreiflicherweise darüber verschmupft und erklären nunmehr, wenn keine Verschärfung nebenbei gefordert werde, ihrerseits nicht mithun zu wollen. Die Regierung weicht wiederum müthig zurück und bringt den Entwurf mit den unglücklich gefaßten Verschärfungen ein. Soll die Tragikomödie wirksam und hauptsächlich, so würde als 5. Act nur noch folgen müssen: Die Regierung überzeugt sich, daß sie mit dem Entwurfe nicht das Rechte getroffen hat, weicht zum drittenmal müthig zurück und läßt den Entwurf fallen. Als Titel der Tragikomödie würde zu empfehlen sein: „Die starke Regierung“ oder „Es geht auch so.“

— Die „Stellung“ der Nationalliberalen. Ueber die „weitere Stellungnahme der Nationalliberalen zur Vereinsgesetznovelle“ schreibt die partzialistische „Nationalliberale Corresp.“, indem sie die Conservativen warnt, irgendwelche Hoffnungen auf die Nationalliberalen zu setzen, daß diese bis auf den letzten Mann bei der Entschcheidung auf dem Posten sein würden. Stimmt die Conservativen gegen die in der Commission abgeänderte Vorlage, so werde diese einfach fallen, und die Regierung habe die unabwiesbare Pflicht, das vom Reichstag beschlossene Recht anzunehmen.

Klingt recht schneidig! Aber es heißt abwarten. — Der Abgeordnete Prinz Hohenlohe wird in der „Cons. Corresp.“ aufgefordert, angesichts seiner Abstammung mit den vaterlandslosen Feinden des Reichs, seinen Platz auf der linken Seite des Reichstages zu nehmen. Spöttlich, aber treffend, bemerkt dazu die „Freisinnige Zeitung“: Die conservative Partei aber hat doch nicht über die Pläne der Abgeordneten zu verfügen, und Abg. Prinz Hohenlohe würde auch beim besten Willen gar nicht in der Lage

## Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

Nachdruck verboten.

„Die hohe Politik der Rabinette entzieht sich der Discussion, meine Herren; es giebt Dinge, die von Laien und Fernstehenden niemals richtig beurtheilt werden können.“

„Das ist die Geschichte vom beschränkten Unterthanenverstand“, versetzte Konrad mit einem feinen Lächeln.

Excellenz sah ihn starr an mit schier vernichtendem Blick. Aber eher er noch etwas erwidern konnte, hatte sich die kleine, kugelige Gestalt des Bankiers dazwischengeschoben.

„Aber ich bitte — ich denke — wir Alle können eine Niederlage Rußlands nicht wünschen — der Völkerfriede wäre damit bedroht — es wäre ein schreckliches Unglück!“

„Vielleicht das größte, das uns treffen könnte“, versetzte Lermina mit Bestimmtheit. „Das monarchische System hat in Rußland noch immer eine feste Stütze, dort ist der Hort der Legitimität.“

„Allerdings, das Gottesgnadenthum ist in Rußland“, bestätigte Max.

„Leider sieht es finanziell sehr schlecht“, sagte Gebhart. „Der Credit wankt, ich verfiere Sie, der Rubel sinkt, und wenn die Russen Schläge bekommen, dann ist die Katastrophe da, dann haben wir die Umwälzung — Ich bitte Sie — Das möchte ich nicht mehr erleben.“

Konrad lächelte. „Sie sind ein robuster Mann, Herr Gebhart, ich denke, Sie werden noch lange darüber hinaus sich Ihres Lebens erfreuen.“

„Und Sie sind ein Spatzvogel, Herr Goner; das heilige Rußland scheint Sie sehr heiter zu stimmen.“

„Aber doch ist es ein gar melancholisches Land“, seufzte Max, „aufs Neueste ausgefogen, hat es jetzt die schweren

Lasten dieses Krieges zu tragen, aber für die Soldaten, die Blut und Leben dahingeben, ist nicht gesorgt.“

„Ihre Verpflegung soll ganz unzureichend sein“, sagte Gebhart.

„Armeelieferungen, das kennt man ja, sind immer schlecht, aber die für Bulgarien sollen unter der Kanone sein.“

„Es fehlt auch an Ärzten, an Pflegerinnen, sogar an Verbandsmaterial“, bemerkte Konrad in seiner ruhigen, positiven Weise. „Und nun geht ein Hilfeschrei durch das Land. Tausende und Tausende von Verwundeten sind ohne Obdach, ohne ärztliche Hilfe und Pflege und die Privathilfe muß angerufen werden, sollen sie nicht elend verderben.“

„Diese Hilfe ist eine freiwillige und gern geleistete“, versetzte Lermina.

„In diesem Falle ist sie ein Ruf.“

„Das ist 'mal was für unsere Frauen“, fiel der fette Mann gutmüthig ein, „die brennen ja nach Bethätigung, dann können sie Schärpe zupfen und Bandagen anfertigen, sie können Geld sammeln oder ihren Schmutz verkaufen — sie wählen immer das Letztere.“

„Es werden sich auch manche als Krankenpflegerinnen engagiren lassen — unsere Emanzipirten wenigstens; Sie werden sehen, daß es da unten von Mihilisten wimmeln wird“, sagte der Vice.

„Na, von einer hübschen Mihilisten gepflegt und verbunden zu werden, dürfte den Jungen nicht übel vorkommen“, scherzte Gebhart, während er nach dem Röbchen griff, um lästern eine Beere zu naschen.

„Man wird nur Klosterschwärtern dazu lassen, die Moral muß vor Allem gewahrt werden“, versetzte Lermina mit erzwingender Würde.

„Ich glaube, sie werden die Hilfe nehmen, woher sie kommt, so wie sie das Geld nehmen, ohne nach seiner Herkunft zu fragen“, bemerkte Konrad trocken.

Max aber wendete sich sichtlich enttäuscht dem Minister zu:

„Excellenz, Hände, die sich diesem schweren und anstrengenden Dienste widmen, sind von vornherein geweiht.“ Seine Stimme bebte.

„Na na, rege Dich nur nicht gleich auf“, mahnte Gebhart, indem er dem Bruder auf die Schulter klopfte, „Du sprichst zu viel, Du bist ganz congektionirt.“

„Vergebung“, sagte der Minister, „ich wollte durchaus keine Debatte zwischen uns herbeiführen“, und mit unfählichem Hochmuth fügte er hinzu: „Wir nehmen ja von vornherein einen zu verschiedenen Standpunkt ein, um uns verständigen zu können. — Wir wollen Sie auch nicht weiter beunruhigen — Adieu“ — und er reichte Max lächelnd die Hand zum Abschiede, während er Konrad völlig ignorirte. Er war an den Stufen angelangt, als er sich zu erinnern schien, daß ja noch Jemand dagesessen sei, und als höflicher Mann nickte er vornehm ihm zu.

Er hatte eine Zeitlang seine lächelnde Grimasse beibehalten, als er aber, auf den Arm des Bankiers sich stützend, die Allee erreicht hatte, fürchte sich seine Stirn und er sah böse und zornig aus.

„Es war mir sehr interessant, sehr interessant, die Auffassungen dieser Herren zu vernehmen — ei, ei, ich mußte ja gar nicht, daß Ihr Bruder sich diesen Wünschen und ihren gemeinschaftlichen Bestrebungen so völlig und rückhaltlos angeschlossen hat.“

„Ich verfiere Excellenz, ich auch nicht“, sagte ängstlich der kleine Mann, während er neben ihm hertrippelte, „aber ich beschwöre Excellenz, denken Sie nichts Böses von Max — er ist ein so guter Mensch.“

„Was gut oder nicht gut — er gehört zu Demer, die Ihnen die Munition liefern.“

„Munition? aber ich bitte —“ (Fortsetzung folgt.)







daß er „nie in seinem Leben politische Artikel inspiert habe.“ Nach Ansicht der Anklage ist diese Behauptung ein Meineid, denn die Tätigkeit des Angeklagten sei erwiesenermaßen auf den Sturz der Minister von Bülow und Marschall von Bieberstein gerichtet gewesen. In derselben Richtung hätten die beklagten Verdächtigungen des auswärtigen Amtes wirken sollen, die er durch Normann-Schumann in der „Saale-Zeitung“ und in anderen Blättern habe verbreiten lassen. Normann-Schumann sei bis in die jüngste Zeit hinein sein Spießgefäß gewesen. Als dieser Polizeilagent in Jahre 1895 nach längerer Abwesenheit wieder in Berlin auftauchte, habe Tausch zuerst versucht, ihn durch zwei vom Bülow geschriebene anonyme Briefe wieder wegzubugeln, wohl weil Normann-Schumann zu viel von ihm wußte. Normann-Schumann habe stets gewußt, was die Polizei vorhatte und habe mehrfach Redacturen vor bevorstehenden Hausdurchsuchungen warnen können. Als der Redacteur Brentano dem Adjutanten Caprivis, dem Hauptmann Ebmeyer mitgeteilt hatte, daß die Stenografen in der „Saale-Zeitung“ von einem Polizeilagenten herrühren und die Anwesenheit dem Polizei-Präsidenten überwiesen war, besaß Normann-Schumann schon am nächsten Tage eine Abschrift des Brentanoschen Briefes. Hieraus folgte die Anklage, daß Tausch bei den Treibereien Normann-Schumanns die Hand mit im Spiele gehabt haben müsse.

Daß die oben erwähnten von Tausch inspirierten Artikel der „Lügen, Gebots und Singsong“ politische Artikel waren, hält die Anklage für zweifellos. Als Beweis für das Schuldbewußtsein des Angeklagten hebt die Anklage schließlich noch hervor, daß dieser am Abend des 5. December, als Bülow seine Entlassungen gemacht hatte, sich durch den bekannten Detective Caspari Roth-Wolfe bei dem ihm ganz fernstehenden Leiter der „Zukunft“, Maximilian Harden, habe anmelden lassen, diesem seine Roth geklagt und schon bei dieser Gelegenheit eingehend den Artikel des Dr. Lehmann im „Berl. Tagebl.“ besprochen habe, obgleich diese Angelegenheit in der Verhandlung bis dahin noch nicht mit einem Worte berührt worden war.

Das sind die Beschuldigungen, die gegen Herrn von Tausch vorgetragen werden.

Die gegen v. Bülow und v. Tausch gemeinschaftlich gerichtete Anklage beschuldigt den ersten des Betruges gegen den Militärschatz und der Urkundensäufung, den zweiten des Amtsverbrechens. Dem Tausch wird vorgeworfen: „als Beamter, der vermöge seines Amtes bei der Ausübung der Strafgewalt mitzumischen hat, in der Absicht, den Angeklagten v. Bülow der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung der von Bülow begangenen strafbaren Handlungen unterlassen zu haben. Es handelt sich hierbei um die Fällung der Quittung über 50 Mark mit dem Namen des Herrn Kufusch durch Bülow. Völlig ohne Grund ist der damalige Kriegsminister Bronsart von Schellendorf in den Glauben versetzt worden, daß der damalige Minister des Innern, Herr v. Köller, das Telegramm über die Staatsministerialfällung in Sachen der Militärstrafprozessreform in die „Münchener Neuesten Nachrichten“ lanciert habe. Wie schon oben erwähnt, hat nach vorheriger Vereinbarung zwischen Tausch und dem Oberlieutenant Gaebe, der Angeklagte v. Bülow die anonyme Karte mit dem Kufusch an das Kriegsministerium gerichtet. Die Vernehmung des Schriftstellers Kufusch und des in der Karte genannten Beamten ergab, daß der Verdacht gegen Herrn v. Köller völlig unbegründet war. Oberlieutenant Gaebe erklärte hierauf dem Tausch, daß sie wohl von Bülow dazuprit worden seien. Tausch gab dieses zu und verlangte von Bülow, um festzustellen, ob dieser überhaupt mit Kufusch verhandelt habe, Quittung über die an K. angeleglich gezahlten 50 Mark, worauf v. Bülow die gefälschte Quittung producirt hat. Oberlieutenant Gaebe hat sofort die Echtheit bezweifelt und dem Angeklagten v. Tausch erklärt, die Angelegenheit werde im Kriegsministerium als erbidigt erachtet; was er als Criminalbeamter, der von seinen Agenten dazuprit sei, thun oder lassen wollte, sei seine Sache. Von Seiten Tauschs ist aber in der Angelegenheit nichts weiter erfolgt. Die Anklage steht auf dem Standpunkte, daß Tausch selbst der Fällung völlig fern stand und daß diese lediglich von Bülow zur Verdeckung des vorausgegangenen Betruges begangen sei. Nach Ansicht der Anklage hat aber v. Tausch von dem Betrage und der Urkundensäufung des Bülow eine der vollen Gemüths gleichkommende Ueberzeugung gehabt, gleichwohl aber seinem Vorgesetzten kein Wort davon mitgeteilt, sondern den Bülow so lange als nur irgend möglich geschönt, weil er ihn eben fürchtete. Er wird deshalb beschuldigt, bewußt widerrechtlich die schuldige Strafanzeige und Verfolgung des Bülow unterlassen zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

**Arbeiterbewegung.**

**In die Schneider und Näherinnen Deutschlands!** Dem Reichstage ist nunmehr der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung und des Krankenversicherungs-Gesetzes zum Schutze der Confectionsarbeiter zugegangen. Die Bestimmungen bleiben indes weit hinter den von uns erhobenen Forderungen zurück. Wir fordern deshalb auf, an allen Orten öffentliche Versammlungen einzuberufen, die sich mit dem Entwurf des Gesetzes beschäftigen.

Nöthwendig ist es aber auch, daß die Versammlungen zu der geplanten Verschlechterung des preussischen Ver-einigungsgesetzes Stellung nehmen. Gelingt es der Reaction, den Schlag gegen die Arbeiterklasse auszuführen, dann wird auch unsere Bewegung davon betroffen. Die dringende Mahnung nach Arbeiter-schutz kann künftig als „den öffentlichen Frieden“ gefährdend durch die Nachmittags der Polizeibehörden zum „Verstummen“ gebracht werden. Unser Leidensgenossen, die Arbeiterinnen, sollen kein Recht mehr haben, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen. Unser Coalitionstreit wird bei Anwendung der zu schaffenden Maß-regeln aufs Schwerste gefährdet. Während der brutale Gewaltsact der Confectionäre heute noch ungeahnt geblieben ist und auch der „Schutzgesetz-Entwurf“ keine reiche Wahrungsvorgeschlagen hat, sollen unsere wichtigsten Rechte in der Abwehr maßloser Ueber-griffe der Unternehmer noch weiter beschnitten werden.

Das darf nicht geschehen! Deshalb fordern wir Euch zum einmütigen Protest gegen diese Maßregeln auf!

Die Fünfer-Commission

der Confectionsschneider und Schneiderinnen Deutschlands.  
**Sramer.** Die Brauer in Rassel beanspruchen an Stelle des Monatslohnes von 100 Mark einen Wochenlohn von 25 Mk., und für die Hilfsarbeiter, die jetzt 70-80 Mk. monatlich bekommen, einen Wochenlohn von 21,50 Mk. Sie hoffen, die Forderungen auf gutlichem Wege durchsetzen zu können.

**Maurer.** Die Maurer in Wilhelmshaven haben von 25 Unternehmern die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung bewilligt bekommen. Bei 17 Unternehmern ist die Arbeit eingestellt worden. — Der Streik der Maurer Altensburgs dauert fort; ein in voriger Woche versuchter Ausgleich ist gescheitert. Zur Aus-stande befinden sich noch 133 Mann.

**Die Möbelpolier Londons** befinden sich in einem Conflict mit den Unternehmern. Sie verlangen neben einer Erhöhung der Löhne namentlich die Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden wöchentlich. Die Mehrzahl der Möbelfabrikanten hat bereits bewilligt; dagegen sträuben sich die Pianofortefabrikanten mit dem Hinweis, daß in Deutschland und Frankreich noch 70 Stunden gearbeitet werde.

**Koljarbeiter.** In Bernau haben sämtliche Drechsler der Schreiberischen Werkstatt wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. — In Ostod sind die Tischler ausständig.

**1500 Weber und Spinner** der Zutespinnerei und Weberei in Bremen sind theils ausständig, theils ausgeperrt.

**Zimmerer.** Die in der Transbaal-Ausstellung in Berlin beschäftigten Zimmerer haben die Arbeit am Donnerstag wieder

aufgenommen, nachdem der Director sich verpflichtet, sämtliche Gemäregelbe wieder aufzunehmen und bis zur Fertigstellung der Ausstellungsarbeiten keine Maßregelungen mehr vorzunehmen.

**Kleine Rundschau.**

**Soldatenelbstmord.** Seit Montag voriger Woche war der aus Neustrelitz stammende Dragoner Paul Recklin von der 3. Escadron des Dragoner-Regiments Nr. 18 in Pommern von seinem Truppentheile verschwunden. Heute Morgen wurde seine Leiche in dem unweit der Stadt gelegenen Slater Moor gefunden. — Selbstmord verübte dem „Hann. Anz.“ zufolge der Unteroffizier Greife vom Infanterie-Regiment Nr. 74. Ihm waren von seinem Compagniechef fünf Tage Mittelarrest judicirt worden. Greife nahm sich diese Strafe unsofort zu Herzen, als er nach acht-jähriger Dienstzeit zur Beförderung zum Sergeanten vorgemerkzt und durch diese Strafe die Beförderung ausgeschlossen war; er erschoss sich daher.

**Ein Streit** zwischen Biegelarbeitern in der Nähe des „Dörner Hofes“ am Kaiserberge bei Duisburg artete am Mittwoch in Thätlichkeiten aus. Der durch Fernsprecher herbeigerufene Polizei-Sergeant Meyer suchte die Ruhe wieder herzustellen, was ihm jedoch nicht gelingen wollte. Plötzlich sprang einer der Arbeiter mit gezücktem Messer auf den Beamten ein und verletzete ihm einen so wichtigen Stich in den Kopf, daß der Beamte zusammenbrach und bereits nach wenigen Stunden, ohne die Bestimmung wieder-erlangt zu haben, verschied. Während man zwei der Ausschreitenden verhaftete, ist der Thäter Hermann Caspers flüchtig geworden.

**In St. Avold** kam dem „Essener“ zufolge ein Offizier beim Einrücken der Truppen so unglücklich zu Fall, daß er das Genick brach und nach kurzer Zeit verschied.

**Blinder Feuerlärm** verursachte Donnerstag Abend in der Jesuitenkirche in Triest eine große Panik, bei der zahlreiche Per-sonen verletzt wurden.

**Schiffsunglück.** In der Nacht zum 14. April ist, wie jetzt feststeht, der Schooner „Ballian“ von St. Malo in den Ge-wässern von Neufundland, wo seine aus 70 Mann bestehende Be-satzung mit dem Fischefang beschäftigt war, untergegangen. 62 Menschen gingen dabei zu Grunde, nur 8 über-lebten, zum Theil unter den traurigsten Verhältnissen. Die ganze Mannschaft hatte sich in die Boote gerettet, fand aber größtentheils Hunger. Die Ueberlebenden, die später von der Brigg „Anabois“ aufgenommen wurden, konnten sich nicht anders retten, als indem sie das Fleisch ihrer verstorbenen Kameraden aßen und deren Blut tranken. Zweien von ihnen mußten die erkorenen Glieder ampu-tirt werden.

**Ueber die Judenhege in Oren** wird von dort berichtet: Die seit zwei Tagen hier veranstalteten Kundgebungen gegen die Juden haben zu 19 Verhaftungen geführt. Die Garnison ist auf-gebieten. Nachdem der geistige Tag verhältnismäßig ruhig gewesen war, steigerte sich gegen Abend die Aufregung wieder. Ein Mann Namens Marabochai feuerte aus seinem Hause auf die Menge und verwundete einen Menschen tödtlich. Marabochai wurde verhaftet. Mehrere andere Personen wurden leicht durch Revolverkugeln verletzt. Auch in dem Dorfe Cassalgue sind gegen die Juden gerichtete Un-ruhen ausgebrochen; die Araber plünderten dort die Häden der Juden.

**Kalkutta, 22. Mai.** Nach einer Meldung aus Haiderabad ist der berühmte Diamant von Haiderabad aus dem Schatzamt gestohlen und durch einen gefälschten Stein ersetzt worden. Der Diebstahl erregt große Sensation.

**Locale Rundschau.**

Breslau, den 24. Mai 1897.

\* Die Protestversammlung gegen die Vereinigungsgesetze, welche am Sonnabend Abend, von der hiesigen freisinnigen Volkspartei einberufen, im großen Saale der „Berle“ tagte, war sehr stark besucht. Wohl die Hälfte der Besucher zählte zur social-demokratischen Partei. Herr Dr. Ulf sen. eröffnete die Versammlung mit einigen Worten, indem er betonte, daß das Volk Ursache habe über viele Punkte Klage zu führen, daß sich die heutige Ver-sammlung jedoch nur mit einem Punkt, gegenwärtig dem wichtigsten, der geplanten Vernichtung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, zu beschäftigen habe. Das Wort erhielt dann der Referent, Rechts-anwalt Ollendorff. Redner wies einleitend darauf hin, daß die letzten Tage neben manchem Trüben auch mancherlei Er-freuliches gebracht haben. Der Beschluß des Reichstages, betreffend Aufhebung des Verbots des Coalitionsgesetzes unter den Vereinen sei ein leuchtender Punkt in dunkler Nacht; die große Rede Eugen Richters habe bei der herrschenden Schwüle wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Auch die bisherigen Beschlüsse der Commission des Landtages ließen hoffen, daß das Schlimmste, was man dem preussischen Volke antun wolle, sich noch werde abwenden lassen; aber noch sei keineswegs jede Gefahr beseitigt. Die Commission sei nicht das Plenum und deshalb sei es Pflicht des preussischen Volkes, laut und vernehmbar seine Stimme zu erheben und der Regierung zu beweisen, daß es mit diesem Gesetze nichts zu thun haben wolle. (Zustimmung.) Das gegenwärtige Vereinigungsgesetz sei ein Kind der Reaction; aber im Vergleich zu dem jetzt dem preussischen Volke zugemuteten Gesetze sei das bisherige ein liberales Gesetz zu nennen. Die Novelle zum Vereinigungsgesetz bedeute die voll-ständige Auslieferung der Redefreiheit, des gesammten Vereins- und Versammlungsgesetzes an die Polizei. — Redner recapitulirt hierauf die lauschulartigen Bestimmungen der Novelle. Auch vorausgesetzt, daß die Polizeibeamten nicht absichtlich die gesetzlichen Bestimmungen verletzen würden, so seien doch keineswegs Rechtsirrtümer aus-geschlossen; die Ansichten über die Zulässigkeit der Auflösung von Vereinen und Versammlungen seien schon unter dem gegenwärtigen Vereinigungsgesetz sehr unklare, wie die neuer-liehen Vorkommnisse in Pommern zur Genüge beweisen. Redner wirt die Frage auf: Warum haben wir nicht ebenso, wie wir ein Reichs-Pressgesetz besitzen, auch ein Reichs-Vereinsgesetz? Weil kein Reichstag, in dem nicht eben die Junkerpartei die Ober-hand habe, der Regierung ein Reichsvereinsgesetz bewilligen würde, welches nach dem Beschluß der Regierung wäre. Das istbarste politische Gut des deutschen Volkes sei das allgemeine Wahlrecht; ein diesem allgemeinen Wahlrecht angepaßtes freihelliches deutsches Vereinsrecht müsse unentwegt angestrebt werden. — Redner be-leuchtet eine Anzahl von Widersprüchen, die zwischen beschriebenen deutschen Reichsgesetzen und dem preussischen Vereinsgesetz und in noch höherem Grade mit der jetzigen Novelle zu Tage treten. Vom vollendeten achtzehnten Lebensjahre sei jeder Deutsche in vollem Umfange strafmündig; — er könne sich nie auf seine Jugend, auf einen Rechtsirrtum berufen, — die Berufung auf Rechtsirrtümer einschuldige in Preußen nur Staatsanwälte, Richter und Beamte. Aber an politischen Versammlungen solle dieser strafmündige junge Mann nicht theilnehmen. — Die Conservativen drohten mit der Ablehnung der Novelle in der durch die Commission beschlossenen Fassung; sie sollten es thun — wir würden uns darüber zu treffen wissen, auch wenn das Gesetz unter Mitwirkung der Conservativen falle — aber fallen müsse das Gesetz unter allen Umständen, mit den Conservativen, oder ohne sie! (Beifall.) Jeder Ansturm auf das allgemeine Wahlrecht, wie er vielfach befürchtet werde, jeder Versuch, ein neues Socialistengesetz, vielleicht auch nur für Preußen, zu schaffen, wie ein solches in der Luft zu liegen scheint, müsse und werde abgelehnt werden. (Beifall.) Nicht thue ein freies, ein all-gemeines, deutsches Vereinsgesetz. Dasjenige Land werde allen anderen vorausschreiten, das seinen Bürgern die größte Freiheit und die größte Gerechtigkeit zu Theil werden lasse, wie dies in England seit langem der Fall sei. Dort sei die Kraft des Staates härter als bei uns, wo bei jedem scharfen Worte, bei jedem Angriff auf eine hoch-stehende Persönlichkeit nach der Polizei gerufen werde. — Augen-blicklich ständen wir in der Vertheidigung gegen einen aus jugend-lichen Eingriffen in unsere heiligsten Rechte, — aber es würden bessere Zeiten kommen und zwar in nicht allzu ferner Zeit, wenn

unsere Gegner weiterhin solche Fehler wie bisher machten, und dann müßten wir zur Erlangung eines freihellichen Vereinsrechtes zum Angriff übergehen. Werde dem Worte Kaiser Friedrichs müßten wir einmütig, unentwegt und mit allen unseren Kräften arbeiten an dem freisinnigen Ausbau unserer Verfassung! (Stürmischer Beifall)

Der Vorsitzende bringt hierauf nachstehende Resolution in Vorschlag:

„Die heutige Versammlung Breslauer Bürger erhebt ent-schieden Protest gegen die dem Preussischen Landtag vorgelegte Vereinigungsgesetze. — Sie spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß dieses Gesetz mit seinen vielfachen tief eingreifenden poli-zelichen Beschränkungen die in der Verfassung gewährleistete Rede- und Versammlungsfreiheit und damit das gesammte politische Leben und besonders die bringend wünschenswerthe Ausgleichung der sociale. Gegensätze schwer bedroht. — Sie erwartet daher auch, daß das Abgeordnetenhaus diese mit allen Anschauungen und Bedürfnissen in schneidendem Widerspruch stehende Vorlage ab-lehnt.“

In der Diskussion nimmt zunächst Genosse Julius Bruhn das Wort. Er erklärt, daß er, obwohl politischer Gegner der Partei, welche diese Verfassung berufen, dennoch hergekommen sei, weil es ihm notwendig scheine, daß in dieser Frage der Vertheidigung des ältesten und vielleicht wichtigsten Volksrechtes alle Parteien, deren Interessen bedroht seien, zusammenstehen müßten. (Zu-stimmung.) Redner erörtert dann die gradezu jämmerliche Begrün-dung der Novelle, die auch nicht eine Thatsache für die Nothwendig-keit einer derartigen unerhörten Maßnahme anführt. Nur die Anarchisten suche man auszuplündern, um die Nothwendigkeit des Schutzes gegen Mißbrauch der Versammlungsfreiheit zu erweisen. Und dabei habe man erst kürzlich unter dem jetzigen Vereinsgesetz in Berlin fünf Anarchisterversammlungen hintereinander aufgelöst. Nicht die Bürger Preußens haben sich bisher des Mißbrauchs der ge-wiß spärlichen Vereins- und Versammlungsfreiheit schuldig ge-macht, wohl aber hat die Polizei an vielen Orten ihre Befugnisse überschritten und mißbraucht und den Bürgern damit das hiesige Freiheitsrecht noch vergrößert. Redner beleuchtet des Väteren die Art der Behandlung, welche freisinnige, politische und vor Allem social-demokratische Vereine und Versammlungen zu ertragen haben. Während unsere Justiz gegen Baien oft überaus streng ist, werden Beamte in solchen Fällen nie processirt, denn, wenn ihre Hand-lungen auch rechtswidrig sind, so fehlt den Thätern nach Ansicht des Staatsanwalts doch das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. (Bei-fall.) Was wir aber unter dem neuen Vereinsgesetz zu erwarten haben, das lehrt uns das schändliche „Juwel“, welches Herrn von der Hecke als Ideal seines neuen Vereinsgesetzes vorgeschmeiß hat. Redner giebt unter lebhafter Heiterkeit eine ganze Anzahl drastischer Beispiele von Verbots und Auflösungen, wie sie in Sachsen fast täglich vorkommen. Dann zeigt Redner noch, wie ungerecht auch das Verbot der Theilnahme von Minder-jährigen an Vereinen und Versammlungen sei. Wenn die Herren Landräthe und hohen Regierungsbeamten, die in Preußen meist den abligen Geschlechtern entstammen, mit den jetzigen Mitteln nicht mehr fähig sind, regieren zu können, dann sollen sie nicht neue, geradezu unerhörte Mittel fordern, sondern sie sollen die Consequenzen ihrer zugestanden Unfähigkeit ziehen und einfach gehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Junker, die Stummelage und Scharfmacher, so führt Redner schließend aus, wollen das wichtigste Recht des Volkes und das schwerste Hinderniß der Er-füllung der reactionären und habgierigen Junkerbestrebungen, das Wahlrecht zum Reichstage, vernichten. So lange das Volk noch seinen Mund, den Reichstag, und seine Zunge, das allgemeine Wahrheitswort habe, so lange sei es noch schlecht mit der Junkersache bestellt. Da sei denn diese Vereinigungsnovelle das Messer, mit welchem man dem Volke die Zunge herauszuschneiden wolle. Schlagen Sie dem Gegner das schon gezückte Messer aus der Hand, treten Sie gemeinsamer an zum gemeinsamen Kampf und der Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit muß Ihnen, muß dem deutschen Volke werden! (Stürmischer Beifall)

Genosse Weiser, der nächste Redner, kritisierte entschieden das Verhalten der hiesigen Polizei, welche sogar geistliche Ver-anstaltungen als politische Versammlungen aufgelöst haben. Dann wendet Redner sich der „Schleisschen Zeitung“ zu, die in der geschäftigsten Weise die Vertheidigung der Versammlungsfreiheit herabsätze und der völligen Knechtung des Volkes das Wort rede. Mit der Aufforderung, dahin zu wirken, daß die Junker sowohl aus dem Reichstage wie aus dem Abgeordnetenhaus verdrängt werden, schloß Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Dann ergriff Rechtsanwalt Heiberg das Wort. Er legte dar, daß nicht nur die Vorlage der Regierung, sondern auch die Novelle in der veränderten Fassung, wie sie aus der Commission hervorgegangen, unannehmbar sei. Er besagte, daß durch die No-velle die Studentenschaft und die junge Arbeiterkraft in Zukunft von aller Politik ausgeschlossen sein solle. Das müsse bekämpft werden, gerade die Jugend müsse zum Nachdenken über politische Dinge erregt werden, — das sei das beste Mittel, um die Stöcker und Genossen zu verdrängen. — Der seitens der Regierung ge-machte Grund, daß anderwärts, z. B. in Baden, dem als frei-sinnig gepriesenen Lande, schon ähnliche Bestimmungen vorhanden seien, wie sie jetzt bei uns eingeführt werden sollten, sei hin-fällig. Hier gelte der Spruch: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es noch nicht dasselbe. Je geringer das Vertrauen zu den politischen Be-amten in einem Staate sei, desto klarer und freier müßten die ge-geistlichen Bestimmungen sein. Das treffe in vollem Maße auf Preußen zu und deshalb dürfe man sich nicht auf die Dauer mit dem Kampfe gegen das vorliegende Gesetz begnügen, das hoffentlich in den nächsten Tagen in der Berentung verabschiedet werde, — man müsse vielmehr mit aller Macht dem nächst nach einem neuen besseren Vereinsgesetz, als das gegenwärtige sei, streben! (Stürmischer Beifall)

Justizrath Feige hob hervor, daß der Gesetzentwurf ein großes Schlaglicht auf die Situation geworfen habe. Socialdemo-kraten, Freisinnige und auch das Centrum seien in den Augen der Agrarier gleichmächtig Ordnungshüter und Reichsfeinde. Sie gehörten also zusammen, und Schuler an Schulter müßten sie kämpfen gegen den gemeinsamen Feind. Ferner der Noth von Gesetzentwurf dies gethan, dies günstige Resultat erzielt habe, dann könne und solle er gehen! (Stürmischer Beifall)

Nachdem auch der Vorsitzende Dr. Ulf dieser Ansicht Ausdruck gegeben und zu einmütigem Vorgehen bei den Wahlen ermahnt hatte, gelangte die Resolution einstimmig unter lang anhaltendem Beifall zur Annahme.

\* Die ausgeperrten Tischler sind heutzutage aus ihrem Lohnkampfe hervorgegangen. Wie berichtet wird, hat die gemein-schaftliche Berathung der Lohncommission und der Arbeitgeber, welche am Sonnabend stattfand, ein für beide Theile befriedigendes Resultat ergeben. Die 9 1/2 stündige Arbeitszeit wurde bewilligt, die Stellen forderten bekanntlich eine 10 stündige Arbeitszeit. Betreffend der Lohnsätze wurde vereinbart, daß diejenigen Tischler, die bisher der Lohnsätze wurde vereinbart, daß diejenigen Tischler, die bisher 15-20 Mark verdienen, den verlangten Normallohn von 35 Pfg. erhalten. Die Stellen, die bis jetzt 16-18 Mark hatten, bekommen 30 Pfg. und diejenigen, die bisher mit 12 Mark entlohnt wurden, erhalten 15 Mark. Die Accordpreise sollen nach besondrer Vereinbarung bezahlt werden. Für Ueberstunden wird ein Lohn-zuschlag von 10 Pfg. für Stadtmontage 5 Pfg. gewährt. Die vereinbarten Bedingungen wurden protokolliert und trugen folgende Unterschriften. Von den Arbeitgebern: Wiener, Martin, Kumbel, Jäger in Firma Hauswaldt und Euhl. Von der Lohncommission der Geleiten: Siehmann, Langer, Schädel, John und Wadnig. Die Lohncommission ver-langt, daß bis Montag Abend von sämtlichen Arbeitgebern die Genehmigung obiger Bedingung der Lohncommission fugegeben wird; gegen die Arbeitgeber, die das nicht thun, soll der Streik weiter geführt werden.



Das Protokoll über die Verhandlungen der Kommission der beiden Jannungen und der freien Vereinigung einerseits und der Gesellenkommission andererseits vom 22. Mai hat folgenden Wortlaut:

Nachdem Herr Siegmann Bericht über die gestrige Versammlung im "Jepier" (Arbeitnehmer) erstattet, woraus hervorgeht, daß von Seiten der Gesellen an der 57stündigen Arbeitszeit festgehalten werde, theilt ferner Wuhl mit, daß von der vereinigten Arbeitgeberkommission dies unter der Bedingung acceptirt wird, daß alle Arbeitgeber im Tischlergewerbe verpflichtet werden, dieses Einkommen binnen zwei Tagen einzugehen und zwar an den Obmann der Lohncommission, Herrn Siegmann, Gräbischerstraße 40, zu senden. Zu diesem Punkte wird beschloffen, daß in die Fabrikordnung u. A. ein Paragraph aufgenommen wird, welcher dem Arbeitgeber das Recht giebt, eine noch festzusetzende Geldstrafe über säumige und trunksüchtige Arbeiter zu verhängen; die hieraus entstehenden Beträge fließen der Krankenkasse zu.

- ad 1 wurde bewilligt.
  - ad 2 diejenigen Gesellen, welche 18-20 Mk. verdienen, haben jetzt 35 Pfg. pro Stunde zu erhalten; diejenigen, welche bis jetzt 16,50 Mk. und darüber verdienen, jetzt 30 Pfg. pro Stunde erhalten, für diejenigen Gesellen, welche jetzt 12,00 Mk. verdienen, ein Minimallohn von 25 Pfg. pro Stunde.
  - ad 3 fällt.
  - ad 4 Tariffrage wird besonders geregelt.
  - ad 5 pro Ueberstunde und Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 10 Pfg.
  - ad 6 für Stadtmontage ein Zuschlag zum Stundenlohn von 5 Pfg.
  - ad 7 Zuschlag für eigenes Werkzeug 50 Pf. pro Woche.
- Es wurde ferner beschloffen, daß Gesellenbücher eingeführt werden, aus denen ersichtlich ist, welche Sättung Arbeit, und welcher Verdienst und Preis erzielt wurde. Die Bücher bleiben Eigentum der Gesellen. Ferner sind die obigen Abmachungen in allen Werkstätten anzuhängen.

Die Versammlung der ausgesperrten Tischlergesellen findet heute Abend 6 1/2 Uhr im großen Saale des Cafés-Verderer statt; auf der Tagesordnung steht der Bericht der Lohncommission und Beschließung.

Streik der Kupferschmiede. Die Kupferschmiedegehilfen Breslaus kündigen sich, wie uns mitgeteilt wird, seit heute im Streik; ausständig sind ungefähr 40 Personen. Die Firmen Jabell u. Jilmer haben den Lohn der Gesellen bereits unterzeichnet.

Im kaiserlichen Schloss war zu Anfang April ein Brand von 5799 Häusern bei einem Brandcapital von 199737 Mk. Brandverthe vorhanden. Daraus kamen im Laufe des Monats 1317 Häuser mit 32282 Mk. Brandverthe; eingelassen wurden 1717 Häuser mit 35737 Mk. Brandverthe. Es verblieb also Ende April ein Brandverthe von 3399 Häusern mit einem Brandverthe von 196282 Mk.

Der Hochwasser wird gemeldet: Seit Sonnabend ist die Ober in ihrem ganzen Laufe im erheblichen Maße begliffen, jedoch eine ernüchternde Hochwasserlage nirgends mehr besteht. In Breslau ist der Wasserstand um 44 Centimeter gesunken, oberhalb der Stadt um 60-80 Centimeter. In Pölsitz um 1 1/2 Meter. Das Wasser muß aber noch ein weiteres Meter sinken, ehe unsere Oberbrücken die Schifffahrt gestatten.

Wegen Verbrechens gegen die Sitlichkeit hatte am 22. d. Mts. der 13jährige Schulknabe Josef Hübner aus Copernicusstr. I. Strafkammer des Breslauer Landgerichts zu verantworten. Er wurde dem Knaben zur Last gelegt, gegen das 13jährige Schulmädchen Emma Malatka aus Copernicusstr. I. verübt zu haben. Die unter Aufsicht der Oeffentlichkeit gestellte Verhandlung vergab die Schuld des Angeklagten. Derselbe erlegte keine Freisprechung, weil der Gerichtshof ihm den Rechtscharakter des 13 Jährigen nicht abbilligte, weshalb der Knabe bei Begehung des Vertriebens die zur Entlassung der Strafbaren dieser Handlungsweise erforderliche Einsicht nicht besitzen habe. Am Schluß der Verhandlung richtete der Vorsitzende an den Knaben und dessen anwesende Mutter ernste Ermahnungen für die Zukunft.

Unfallsfälle. Ein Fuhrermann geriet mit der linken Hand in eine Eisenbahn und trug schwere Schrammen davon. Ein Stellmacher von der Kottbuserstraße wurde von einem Kollwagen überfahren und erlitt einen Bruch des rechten Hüftgelenkes. Ein Schüler fiel in einen Keller und brach das linke Kniegelenk. Diese Unfälle wurden im Krankenhaus der Kottbuser Straße amgebracht.

Zur Warnung. Am 20. d. Mts., Abends, verunglückte ein Bedienungsperson in der Neuhäuserstraße dabei, als er in die im Geschäft stehende brennende Lampe Petroleum nachfüllte. Die Lampe entzündete sich durch das unvorsichtige Brennen Petroleum wurde dem Mann das ganze Gesicht verbrannt. Dem Verletzten wurde schnelle Hilfe in der Unfallambulanz 6 des Bezirks Krankenhause zu Theil.

Blitzschlag. Im Botanischen Garten löste in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag der Blitz in der an der Sternstraße in der großen Seilwinde des Hauptweges stehende große Föhneleiche und machte von einem nach Westen gerichteten Blitz aus durch bis zur Erde einen krummen Stachel und Holz von dem Baume. Zum Glück mäßige Stöße hatten nicht in den Baumgang, über 100 Meter weit von der Erde entfernt geschehen werden.

Grober Unfall. In dem Haus Ambergstraße 68 wurden am 18. d. Mts. die an Entzündung befindlichen Leiter der elektrischen Unternehmungen abgeschlagen. Der dabei geschehene Unfall wurde auch in dem Centralblatt Ambergstraße 61 veröffentlicht.

merkenswert ist, daß dieser ganze Anzug durchweg vor den Wohnungen von Kerzen verbrannt worden ist.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 22. d. Mts. wurde auf der Matthisstraße in eine Wohnung, deren Inhaber nicht zu Hause war, ein Einbruch verübt, der sich auf 22 Mk. in einem Behälter vertheilte. Auch erbeutete er einen Kleiderkasten, ohne aus diesem jedoch etwas zu nehmen.

Mörderischer Mordfall. In der Nacht zum 22. d. Mts. wurden am Ohlauufer drei Kaufleute von zwei männlichen Personen ohne jeden Grund angefallen. Sie verletzten denselben mehrere Schläge auf den Kopf und entrieffen ihnen schließlich zwei Hüte und zwei Spazierstöcke, worauf sie eiligt die Flucht ergriffen. Der eine dieser frechen Burthen war mit einem schwarzen Jaquetanzug und einem hellen Ueberzieher bekleidet.

Provinzielle Kundschau.

Die schlesische Arbeitervereine hat ein großes Vergehen zu verzeichnen. Ein Graf von Haslingen-Schidlung hat sich nämlich in Deutsch mit Marie Schafkop, Tochter eines Kärntners, heimlich, kandesamtlich verheiratet.

Eigent. 23. Mai. Beschlagnahme eines Flugblattes. Heute Morgen sollte die Verbreitung unseres Flugblattes stattfinden. Als eine ganze Anzahl Genossen in den "Drei Bergen", von wo aus die Verbreitung vor sich gehen sollte, erschienen, theilte der Wirth mit, daß am Abend vorher nach Schluß der Polizeistunde ein Polizeicommissar im Auftrage des Obergerichtsamlers die genannte Auflage beschlagnahmt habe. Irrendem Gründe wurden für dies Vorgehen nicht genannt, obwohl das Gesetz ausdrücklich vorschreibt, daß bei der Beschlagnahme die dieselbe veranlassenden Stellen der Schrift unter Aufzeichnung der Verletzten zu bezeichnen sind. Wir dürfen gespannt sein, wie die Polizeibehörde ihr Vorgehen zu rechtfertigen suchen wird.

Glogau, 21. Mai. Mit 500 Mark flüchtig gemordet ist nach dem "Niederrhein Anz." der Fleischer Jabel von hier. Jabel war von dem Fleischermeister Rossmann in Derschwitz der oben genannte Betrag am 18. d. Mts. mit dem Auftrag übergeben worden, in Derschwitz-Neudorf bei dem Hüttenbesitzer Dr. Schmidt 25 Scheite abzuholen und bald zu bezahlen. Jabel ist jedoch heute in Derschwitz-Neudorf eingetroffen, noch hat er überhaupt bis heute etwas von sich hören lassen. Aus verschiedenen Aeußerungen des Jabel kann jedoch entnommen werden, daß derselbe das ihm anvertraute Geld unterzogen und mit denselben das Weite gesucht hat.

Kattowitz, 20. Mai. (H. v. H. v. H.) wie sie selten vorkommen dürfte, hat nach dem "D. Zbl.", vor einigen Tagen ein Knabe in Kalene begangen. Einem ihm anvertrauten Pferde, welches nicht geben wollte, band er einen Strich um die Zunge und zog am denselben so lange, bis er dem gemähten Thiere die Zunge aus dem Munde herausriß. Für diese Unmenslichkeit ist der rothe Burche sofort in Haft genommen worden und nicht einer strengeren Betrachtung entgegen. Das Pferd mußte getödtet werden.

Polen, 24. Mai. (Ein schneidiger Schussmann.) Die Strafkammer neuerlich habe dem Schussmann Bartkowiak wegen verächtlicher unterthätiger Bormahme einer Besatzung und Veranlassung im Jahre zu vier Monaten Gefängnis und eine an den Hüttenbesitzer zu zahlende Geldbusse.

Soziale Uebersicht.

Neuheiten im Schweinehandel. Ein unglücklicher Unglücksfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich in Ober-Wagras bei St. Wlodek (Oberschlesien). Der Wirthschaftsbesitzer und Gemeindevorstand von Ober-Wagras, Johann Angimajer, beschuldigte die Eheleute Johann und Anna Gruber, da er für die ihm vertheilte Wohnung unzulänglich gehalten, wies er ihnen zum Scheine als Wohnung an. Ueber dieser Wohnung vertheilt er heute nach dem Ausschuss eines oberrheinischen Ausschusses: "Schweinehandelsbesitzer des J. Engelmann." Doch nach den ganzen Umständen hätte er den Eheleuten zur Verfügung, sondern nur einen Teil, wenn höchstens für zwei Wochen Platz gegeben wäre. Es ist auch in diesem Raume keine für die Eheleute und ihren Kindern. Grubers muß nach werden. Doch die Wohnung - da es unmöglich war ein Bett unterzubringen - und ein Tisch an die Wand gelehnt worden. Die Eheleute und ihre Kinder schliefen auf dem Boden. Am 14ten Sonntag, um 5 Uhr früh, erkrankte die Ehefrau des Grubers, nachdem sie sich vorher in der Wohnung des Grubers am die Arbeit zu verrichten. Sie erkrankte an der Cholera, nachdem sie vorher die Wohnung des Grubers verlassen hatte. Als die Ehefrau im Sterben lag, kamen die Kinder zu ihr beiden Kindern in der Wohnung des Grubers und nahen bereits in einem anderen Zimmer. Die Ehefrau starb sofort und das Kind wurde in der Wohnung des Grubers. Von diesem Unfall wurde die Ehefrau St. Wlodek Socialarbeiter Kötz, Gemeindevorstand von Ober-Wagras, berichtet, daß er die Eheleute sofort entließ. Er ist der Meinung, daß die Wohnung des Grubers nicht die Ursache der Cholera war, sondern die ungesunde Lebensweise der Eheleute, die durch die ungesunde Lebensweise der Eheleute verursacht wurde.

Dermisches.

Ein Richterungsfall. In Stuttgart, Reichsgericht, hat ein Richterungsfall stattgefunden. Ein Mann wurde wegen Vertheilung von Geldern verurtheilt und ein Mann wurde wegen Vertheilung von Geldern verurtheilt.

**Lebe-Theater.** Herren- und Knaben-Garderobe  
 Herrg.: Franz Dienstaum.  
 Dienstg.: Franz Dienstaum.

Die **Volksausgabe**  
 Socialismus u. sociale Bewegung im neunzehnten Jahrhundert  
 von **Werner Sombart.**  
 Preis 50 Pf.

**Offerte für Schuhmacher.**  
 Sittiger Leder-Juchstil.  
 Lager: Sammler Schäfte.  
 Bedarfs-Artikel.  
**E. Pineus,**  
 Gräbischerstraße 89.

**Achtung!**  
 Montag, den 24. Mai 1897, Abends 6 1/2 Uhr:  
**Grosse öffentliche Tischler-Versammlung**  
 in Schichwerder.  
 Tagesordnung: 1. Schickwerder, 2. Schickwerder, 3. Schickwerder.  
 Entree 10 Pf.  
 Frauen sind eingeladen.  
**Die Lohncommission.**  
 Ausgesperrte freies Entree.

**Knöpfe! Knöpfe!**  
 Gold, Silber, Metall, etc.  
**Carl Friedmann**  
 Gräbischerstraße 89.  
**Knöpfe! Knöpfe!**

bienies erfährt, durch eine öffentliche Zeitungsannonce zum Nehmen eines Pulvers verleiten, das zwar durch a u harmlos und unschädlich war, von ihr aber in der Meinung, es sei ein Mittel gegen Kinderlegen, eingenommen wurde. Als das Kind längt wohlbehaiten zur Welt gekommen, und die Blöthung der Mutter geworden war, wurde die Frau vor Gericht gestellt, nachdem dieses durch Zufall von dem Fall erfahren hatte und die Frau wurde wegen Versuch mit absolut untauglichem Mittel zu 1 1/2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Dem Begründungs-Gesuch, dass sich, da alle Mitteilungen vorlagen, und nur das hohe gesellschaftliche Minimum des Gesetzes eine mildere Strafe verbietet hatte, das Gericht und die Staatsanwaltschaft an. Die Justizverwaltung lehnte das erste und auch das zweite Gesuch schließlich ab und gestattete nur Abfühen der Strafe in Stuttgart, statt in Gotteszell. Das Gesuch war vor Allem auf die Pflegebedürftigkeit des kaum entwodhnten Säuglings begründet, dessen Schutz die zur Anwendung gebrachte Strafvoorschrift dienen sollte. Nun ist das Kind thätiglich während der Haft der Mutter schwer erkrankt; diese traf es, nach blöthiger Verhöhung ihrer Strafe todtkrank an, und am vierzten Tage nach Rückkehr der Mutter war es todt! Wer kann der Mutter widersprechen, wenn sie sagt, daß, wenn man sie nicht so lange gefangen und fern gehalten hätte, ihr Kind noch leben würde?

Neuere Nachrichten.

Egeg, 23. Mai. Gelegentlich der Abgeordnetenwahl hat in Bosnake (Kroatien) zwischen Militär und Wählern ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden. Das Militär gab Feuer. Acht Personen wurden getödtet und 31 verwundet, unter diesen 1 Soldat und 1 Soldat. Der hiesige Staatsanwalt hat sich nach Bosnake begeben.

Athen, 23. Mai. Bei Zaverda hat zwischen den italienischen Freiwilligen des Obersten Berthel und Bürgern ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden. Zwei Personen wurden dabei getödtet und zehn verwundet. Eine italienische Truppe wird unter Begleitung zweier Kriegsschiffe nach Italien zurückgeschickt werden.

Madrid, 23. Mai. Sagasta hat dem Ministerpräsidenten mitgetheilt, daß die liberalen Senatoren und Deputirten den Parlamentsitzungen fernbleiben würden, bis ihnen eine Genugthuung für die Beilegung des Senators Comas zu Theil geworden sei. Sie fordern die Entlassung des Ministers des Aeußeren, Herzogs von Tetuan. Der Ministerrath hat beschloffen, sich wegen den Kammeren vorzustellen, auch wenn die Liberalen nicht zugegen sind, und Erklärungen über den Zwischenfall im Senate zu geben.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 22. Mai.  
 Heiraths-Ankündigungen. I. Diener Franz Pentzsch und Cecile Pastuska. - II. Buchhalter Paul Schimansky u. Pauline Grimmich. - Schuhmacher Gustav Bisternik und Pauline Höpner. Eheverlobungen. I. Zimmermann Carl Friedrich mit Marie Klose. - Schlosser Rob. Pohl mit Ernestine Kending, geb. Maczowsky. - Steinbrückerarbeiter Hermann Janke mit Susanna Kusch. - Arbeiter Robert Moßner mit Anna Härtel. - Schuhmacher Josef Flug mit Maria Palmer. - II. Schuhmachermeister Josef Linte mit Anna Klose. - Arb. Friedrich Borille mit Pauline Neumann. - Schneider Carl Pollesch mit Martha Frey. - lednungslehrer Walter Barchod mit Vertha Herrmann. - III. Febricarbeiter Aug. Namroth mit Agnes Viehweg. - Haushälter Heinrich Märsch mit Marie Gasa. - Zuschneider Hermann Albrecht mit Ida Laqua. - Goldarbeiter Maximilian Reimann mit Dittlie Danigel. - Arb. Paul Wolff mit Martha Dehnert.  
 Geburten. I. Kesselfchmied Michael Brodala, 1. - Arb. Gottlieb Günther, 1. - Schlosser Julius Reichelt, 1. - Schuhmacher Hermann Fußmann, 1. - Arbeiter Ernst Kruber, 1. - Schlossermeister Moriz Labude, 1. - Arbeiter Carl Lorenz, 1. - Schmied Heinrich Baus, 1. - Fleischer August Springer, 1. - II. Fleischereimer Paul Schulz, 1. - Arbeiter Gustav Schanz, 1. - Steinbrücker Paul Krefz, 1. - Haushälter Reinhold Kungel, 1. - Güterbodenarbeiter Paul Böder, 1. - Maurer Gottl. Reich, 1. - Fuhrwaarenhändler Eduard Renner, 1. - Bureauclere Paul Jacob, 1. - Schriftfeger Anton Gruschka, 1. - Schriftfeger Hermann Polack, 1. - Tischler Heinrich Mittel, 1. - Zuschneider Josef Ledwysniak, Tochter.  
 Todesfälle. I. Dienstmannsmittwe Auguste Luz, geb. Hoffmann, 65 J. - Schneidermeister Carl Müller, 56 Jahre. - Restaurateur Carl Freiligt, 64 J. - Arbeitermittle Anna Grundmann, geb. Herfort, 52 J. - Schiller Gottfried Deutschmann, 49 J. - Selma, T. des Arbeiters Hermann Hefer, 6 Mon. - Gertrud, T. des Tischlers Ernst Koch, 1 J. 11 Mon. - II. Paul, S. des Arbeiters Robert Dreßler, 7 Mon. - Schuhmachermeister Carl Wuttke, 52 J. - Viehhändler Wilh. Jöhl, 71 J. - Werkmeistermittle Caroline Salzbrunn, geb. Schmeitzel, 73 J. - Arbeiter Carl Fußmann, 45 J. - Schuhmacher Theodor Brendel, 50 Jahre. - Restaurateur Paul Gabisch, 32 J. - Schlosser Hermann Materne, 52 J. - Georg, S. d. Arbeiters Carl Schulz, 3 Woch. - Alfred, S. des Wasserleitungs-Unternehmers Paul Weimann, 8 Mon. - III. Stellmacher Ernst Radügel, aus Sagan, 70 J. - Elisabeth, T. des Maurers Julius Fischer, 3 Woch. - Erich, S. d. Schlossers Wilhelm Broß, 2 Mon. - Wilhelm, S. des Arbeiters August Schläpe, 2 Mon. - Drofchenbesitzerfrau Anna Kieler, geb. Fischer, verw. gewesene Borke, 64 J. - Fabrikvortier August Dettke, 49 J. - Schneidermeister Stefan Wieder, 27 Jahre. - Arbeiter Carl Wiftra, 35 Jahre.

**5 Pf. Sumatra-Cigarren**  
 Sumatra-Dezblatt und Garmen-Umbblatt  
 prachvolle Qualitäten, vorzüglich im Grand u. Geschm.  
 100 Eid. 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.  
 empfiehlt gegen Nachahmer 1968  
**Cigarrenfabrik E. Lampke vorm. A. Kirchner**  
 Fabrik und Hauptgeschäfft:  
 Breslau, Reesplatz 11, am Oderthorbahnhof.  
 Filialen: Fehrlingstraße 1, Gummerei 85, Friedrich-Wilhelm-  
 Straße 4, Poststraße 79, Schulerstraße 47.  
 Schäfte und ungeschmückte amerikanische Kippere offener billig.

**MEYERS**  
 Mit 1000 Bildertafeln und Kartenbeilagen.  
 = Soeben erscheint =  
 In 5. neubearbeiteter und vermehrter Auflage:  
**KONVERSATIONS-**  
**LEXIKON**  
 Probefeste und Prospekte gratis durch  
 jede Buchhandlung.  
 Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.  
 18.000 Abbildungen, Karten und Pläne.  
 Zu beziehen durch die Expedition der „Volksrecht“